

Martin Sabrow

# Von der Aufklärung zur Affirmation?

## Die Krise der Erinnerungskultur

### Abstract

In Germany, a culture of remembrance first began to emerge haltingly in the 1960s before establishing itself in a remarkable show of solidarity between scholarship, politics, and the public culture of history. This culture of remembrance aims at a critical engagement with Germany's calamitous history. Through its relentless demand to come to terms with the past, a fundamental consensus has emerged in Germany's culture of history in the past decades that was most recently declared to be a „part of our national self-understanding“ by the current federal government in its coalition agreement. However, the signs are increasing that this paradigm of a resolute and critical re-examination of a suppressed and silenced history is losing its validity. The rise of right-wing populism in Germany and the significantly diminished acceptance of democracy in eastern Germany raise the question of whether the belief in a secure democratic culture of remembrance has not in fact led the country astray; whether the process of coming to terms with the past in Germany has not failed in its aim to secure the future of democracy through an engagement with the collapsed dictatorships of the past. This lecture investigates the causes of this new uncertainty. It traces the creeping shift from critical self-reflection to affirmative self-vindication that has increasingly characterised Germany's understanding of its calamitous past since the 1990s. It thereby elucidates possible alternatives to the ever clearer crisis experienced by Germany's culture of remembrance.

Die Frage, wohin die Bundesrepublik treibe, führte Karl Jaspers Mitte der 1960er-Jahre zu einer düsteren Prognose, in der er vor dem Wandel der Demokratie zur Parteienoligarchie und von der Parteienoligarchie zur Diktatur warnte. Die Frage, wohin die deutsche Erinnerungskultur treibt, führt uns fünfzig Jahre später indes zur beruhigenden Antwort, dass ein Wandel zum Schlechten nicht zu befürchten steht – die historische Verfassung der Deutschen gründet in der Gegenwart auf der gefestigten Übereinkunft, die eigene Vergangenheit nicht als nationalstolze Kontinuitätserzählung im Gedächtnis zu bewahren, sondern als opferzentrierte Umkehrerzählung. Um zu diesem Geschichtskonsens zu kommen, hat die Bundesrepublik gedenkpolitisch und geschichtskulturell allerdings einen weiten Weg zurücklegen müssen. Kein Unternehmer würde noch wie der frühere IG-Farben- und nachmalige Bayer-Manager Fritz ter Meer jede Schuld am Leid der für den Konzern schuftenden Zwangsarbeiter mit der kühlen Feststellung abwehren, dass den Zwangsarbeitern ja kein besonderes Leid zugefügt worden sei, „da man sie ohnehin getötet hätte“. Unmöglich wäre es, heute deutsche Freiwillige in der Kriegsgräberfürsorge „vor zwinglicher Anbiederung und vorlautem Versöhnungseifer“ zu warnen, wie es *Die Welt* zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 tat, oder gar das Schweigen als aufrichtigste Form der Bewältigung preisen: „Besser als Worte wird immer die praktische Tat der Versöhnung dienen. Konsequentermaßen ermahnen die Verantwortlichen des Volksbundes die Freiwilligen zu taktvoller Zurückhaltung gegenüber der französischen Bevölkerung.“

## Der kulturelle Erinnerungskonsens

Kein christdemokratischer Bundeskanzler würde heute mehr wie einst Bundeskanzler Ludwig Erhard in einer Gedenkansprache zum 20. Jahrestag des Kriegsendes den 8. Mai als einen Tag, „so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm“ hinstellen, und kein sozialdemokratischer Oppositionsführer wie Willy Brandt aus demselben Anlass mehr fordern, dass es nun „genug des bloßen Zurückschauens“ sei, und auch Heiner Geißler würde es heute nicht mehr einfallen zu behaupten, dass der Pazifismus der 1930er-Jahre Auschwitz erst möglich gemacht habe.

Adornos bittere Erfahrung, „im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden; sonst hat man Ressentiment“ hat nicht nur ihre Gültigkeit verloren, sie ist in ihr Gegenteil umgeschlagen, wenn der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz feststellte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ Die bei Adorno noch vor allem gegen den Staat und das staatlich verantwortete „Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie“ gerichtete Bewältigungsforderung ist heute ein Handlungsziel für den Staat geworden, und die staatliche Politik von der Bundesregierung bis zu den Kommunen stellt sich der Aufarbeitung nicht mehr entgegen, sondern begreift sich als ihr Wegbereiter formuliert mittlerweile als Maxime ihres Handelns: „Staat und Gesellschaft sind bei allen Unterschieden zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft verpflichtet, der Verantwortung für die Folgen beider totalitärer Ideologien des 20. Jahrhunderts nachzukommen, an die Leiden der Opfer zu erinnern und das begangene Unrecht aufzuarbeiten.“

Die damit formulierte Norm der andauernden kritischen Auseinandersetzung mit dem „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) muss nicht von jedermann geteilt werden. Aber sie markierte für fast drei Jahrzehnte den Rahmen des öffentlich Sag- und Vertretbaren. Der Schweigekonsens der Nachkriegszeit wurde seit den späten 1970er-Jahren immer deutlicher von einem Aufarbeitungskonsens abgelöst, der sich gegen einen öffentlich verstummenden und gesellschaftlich immer weniger greifbaren Dritten richtete – durch generationellen Zeitablauf in Bezug auf die erste deutsche Diktatur und ihr Menschheitsverbrechen sowie durch soziale Marginalisierung und weitgehende Abdrängung der entmachteten DDR-Eliten aus dem öffentlichen Diskurs im Fall der ostdeutschen Nachfolgediktatur. Der Verbrechenscharakter der NS-Herrschaft und der Diktaturcharakter des SED-Regimes gelten im Grundsatz für nicht mehr öffentlich verhandelbar, und die 2010/2011 geführte Kontroverse um die Rolle des Auswärtigen Amtes im ‚Dritten Reich‘ markiert aus heutiger Sicht den Abschluss einer konfrontativen Aufklärung.

## Erinnerungskultur in der Krise

Und doch spüren wir immer deutlicher, dass das Fundament unserer Erinnerungskultur weniger fest sein könnte, als es uns lange Jahre schien, und historische Erfahrung lehrt, wie rasch sich unter der Oberfläche des scheinbar allseits Akzeptierten grundstürzende Veränderung anbahnen kann. Fast hilflos stehen wir vor der provokativen Konsensverletzung, die das Aufkommen des Rechtspopulismus als Massenphänomen auf der Straße und in die Parlamente mit sich bringen. Namentlich der Einzug der AfD in die Parlamente der Bundesrepublik hat in jüngster Zeit die zeithistorischen Sagbarkeitsregeln in einer Weise verwischt, wie wir es uns noch

vor drei oder vier Jahren kaum hätten vorstellen können und der sich mit den Mitteln der rhetorischen oder institutionellen Ausgrenzung nur unzureichend abwehren lässt, wie wir tagtäglich erfahren müssen. Dammbrechende Wirkung hatten und haben Äußerungen von Rechtspopulisten, die die „dämliche Bewältigungspolitik“ durch eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ korrigiert wissen wollen oder Hitler und die Nationalsozialisten zu einem „Vogelschiss in 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ verharmlosen.

Wir reagieren auf diese Herausforderung unserer Erinnerungskultur in der Regel mit fassungloser Verstörung und dem Appell, unsere Bemühungen um die Aufarbeitung der Vergangenheit weiter zu verstärken, um den verlorenen Erinnerungskonsens zurückzuerobern. Ich möchte in diesem Vortrag einen anderen Weg einschlagen und danach fragen, welche Bruchlinien und Schwachstellen sich hinter der glatten Fassade unserer scheinbar erfolgreichen Erinnerungskultur verbergen.

### Ubiquisierung und Banalisierung

Ein erstes augenfälliges Krisensymptom zeigt sich in der zunehmenden Kommerzialisierung und Banalisierung der Auseinandersetzung mit historischen Lasten. KZ-Souvenirs und Auschwitz-Selfies sind bekannte Phänomene geworden.

Das Holocaust-Mahnmal in der Mitte Berlins ist eine Touristen-Attraktion, die für Erschütterung und Entspannung gleichermaßen zur Verfügung steht; und die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch hat es zu einer Ästhetik des Grauens gebracht, die etwa die Filmmusik von *Schindlers Liste* bei den Olympischen Winterspielen in Südkorea zu einer gern genutzten Choreographie deutscher Eiskunstlauf deutscher Olympioniken zu machen erlaubte. Im Wettbewerb um die Lenkung von Touristenströmen ist der Schrecken vom Schandmal zum Alleinstellungsmerkmal, „vom Stigma zum Standortfaktor“ geworden, wie der *Dark Tourism* lehrt, der auf der Berliner Geschichtsmeile so anziehungsmächtig in Erscheinung tritt wie in der historischen Pilgerfahrt auf den Obersalzberg. Mehr noch: Das Grauen ist zum ästhetischen Erlebnis geworden, und die vielfältigen Aneignungen überschreiten bisher als unverrückbar wahrgenommene Grenzen.

Einen damit zusammenhängenden Trend bildet die Ubiquisierung der Auseinandersetzung mit historischer Schuld. Norbert Freis 2014 gestellte Frage, „ob es nicht auch ein Zuviel des Guten gibt“ ist unbeantwortet und seine Anregung unbeachtet geblieben, dass die architektonischen Monstrositäten der Nazizeit keine Renovierung verdienten und das Nürnberger Zeppelinfeld im Sinne von Albert Speers Ruinentheorie besser dem kontrollierten Verfall zu überantworten wäre. Stattdessen zeichnet sich unsere Zeit durch eine sich immer weiter verästelnde Gesamtanstrengung von Staat und Gesellschaft aus, die sich in der konstanten Höhe bundesstaatlicher Förderanträge für Erhalt und Neuschaffung von Gedenkstätten ebenso niederschlägt wie in der in Deutschland geführten Debatte über die Frage, ob der Schülerbesuch von Gedenkstätten zur Verpflichtung gemacht werden solle.

Gleichzeitig ist deutlich erkennbar, dass die Dignität des Erinnerungsbegriffs sich abgenutzt hat. Das Unbehagen an der Erinnerungskultur der Gegenwart ist längst zu einem vielzitierten Topos der geschichtskulturellen Reflexion geworden; jüngste Äußerungen in dieser Debatte sprechen bereits von einem Scheitern der Erinnerungskultur. Die dunkle Vergangenheit, in deren noch immer finsternen Schatten wir im Sinne der Stockholmer Staatenerklärung aus dem Jahr 2000 andauerndes Licht zu bringen versuchen, ist längst nicht mehr die unsrige – infolge des Generations-

wandels ebenso wie infolge des postnationalen Identitätswandels der Bundesrepublik. In der Auseinandersetzung mit der Last des 20. Jahrhunderts verhandeln wir politische und moralische Verantwortung, aber schon lange nicht mehr persönliche Schuld; und die Scham über die „Dauerpräsentation unserer Schande“, die Martin Walser 1998 in die Frankfurter Paulskirche rief, hat mit in der postnationalen deutschen Gesellschaft ihr emotionales Fundament verloren. Nicht zufällig reicht die staatlich gegenwärtig so forcierte Behördenaufarbeitung bis in die späten sechziger und gelegentlich auch bis in die siebziger Jahre, aber nicht bis in die jüngste Zeitgeschichte nach 1989. Und wenn Peter Gauweiler 1997 gegen die Wehrmachtsausstellung zu Felde zog, die das Andenken seines Vaters Otto zu verdunkeln drohte, der im Zweiten Weltkrieg an der Besetzung Polens mitwirkte, so gilt eine Halbgeneration später im deutschen Familiengedächtnis weitgehend selbstverständlich, dass Opa kein Nazi war: Nur 18 Prozent der Deutschen glauben, dass unter ihren Vorfahren auch Nazis waren.

### Erinnern versus Versöhnung

Ein weiteres Problem der Erinnerungskultur lässt sich an der Wortgeschichte des Begriffs *Aufarbeitung* ablesen. Es war gerade die semantische Anlehnung an Sigmund Freuds tiefenpsychologisches Konzept des erinnernden Durcharbeitens, die dem Wort *Aufarbeitung* im Verein mit seinem Antonym – Gegenwort – *Verdrängung* die zeitgeistige Durchschlagskraft verlieh. Zusammen formulierte das Begriffspaar einen durchschlagskräftigen Appell zur Auseinandersetzung mit den Lasten einer traumatischen Vergangenheit, der die mentale Abschüttelung der Vergangenheit als „Unfähigkeit zu trauern“ mit gefährlichen politischen Konsequenzen zu lesen erlaubte.

Vergangenheitsvergegenwärtigung als Weg zur Gesundung – aus dieser erfolgreichen Einbettung des Umgangs mit der jüngsten Geschichte in einen sozialen wie politischen Krankheitsdiskurs erklärt sich der Erfolg des Begriffs *Aufarbeitung*, der andere Formen der Vergangenheitsüberwindung etwa durch Vergessen und Tabuisierung in den diagnostischen Rahmen von Störung und Verdrängung stellte. Dabei machte der Begriff *Aufarbeitung* allerdings eine bemerkenswerte Verschiebung durch. In der Tiefenpsychologie gilt das erinnernde Durcharbeiten bekanntlich als Schritt zur endgültigen Heilung mit dem Ziel des psychischen Überwindens und Loslassens. Im gesellschaftlichen *Aufarbeitungs*diskurs hingegen ist nicht loslassen das Ziel, sondern die fortwährende Auseinandersetzung. Ganz im Gegensatz zu dem Bestreben, die traumatisch erfahrene Vergangenheit durchzuarbeiten, um sie am Ende loslassen zu können, versteht sich das Konzept der *Aufarbeitung* als dessen genaues Gegenteil – nämlich als dauerhaften Auftrag zur Erinnerung.

Die vornehmste Legitimation des Plädoyers für das Wachhalten der Erinnerung und damit der eigentliche Sinn der *Aufarbeitung* steckt in ihrer heilenden Kraft, auf der schon 1990 niemand stärker als Joachim Gauck insistierte: „Vor der Gesundheit kommt der Heilungsprozeß. In dieser Zeit geschieht viel Arbeit, werden medizinisches Wissen und die physischen und psychischen Kräfte des Patienten einen Bund eingehen, und am Ende dieses Prozesses kann dann alles gut werden. So wollen wir in unsere neue Demokratie eintreten: wach, informiert und angetrieben vom Willen zu mehr Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit.“

Doch mit Formeln wie „Heilung durch Wahrheit“ oder „Versöhnung durch Ehrlichkeit“ schloss der *Aufarbeitungs*diskurs unmittelbar an die Arbeit besonders der

südafrikanischen Truth-And-Reconciliation-Commissions an und offenbarte zugleich einen konstitutiven Zielkonflikt, der sie bis heute begleitet. Joachim Gauck wehrte sich bereits im Frühjahr 1990 gegen jede Fristbindung der Dikturaufarbeitung. Aber er warb doch mit der Idee einer Vergebung, die nach dem Erinnern kommen werde. „In unserem Eintreten für Ehrlichkeit und Bewahrung des Belastenden wollen wir nicht eine deutsche Vorliebe zu Selbstzerfleischung pflegen, auch nicht Vergebung und Versöhnung ausschließen. Aber vor der Versöhnung muss klar sein, wo Schuld und Versagen lagen. Vor der Vergebung liegt das Erinnern. Vor der Freude an der Demokratie die Räumung der Trümmer der Diktatur. Das wird Zeit brauchen.“

Heute hingegen gründet die Idee der Aufarbeitung mehr denn je auf einer prinzipiellen Unabschließbarkeit, die ihrer gleichermaßen fundamentalen Vergebungsbereitschaft zuwiderläuft. Anders gesagt: Aufarbeitung verspricht permanent eine Versöhnung, die sie nicht einlösen kann. Dies zeigte sich prägnant in dem Streit, den Matthias Platzeck 2010 mit seiner Forderung nach Versöhnung in Brandenburg auslöste. Im *Spiegel* gefragt, was sie unter Versöhnung verstehe, wies Marianne Birthler die Verantwortung für ihr mögliches Ausbleiben unter Verweis auf die Täter von sich: „Das Ziel der Aufarbeitung ist zunächst, dass die Opfer mit ihrem Schicksal klarkommen und die Täter zu ihrer Verantwortung stehen. Versöhnung ist etwas Zusätzliches, sie kann sich in der Auseinandersetzung zwischen Opfern und Tätern ereignen. Sie braucht die Wahrheit und oft auch Zeit, und sie lebt von der Einsicht der Täter.“ Den entgegengesetzten Vorstoß des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck dagegen, der nun nach zwanzig Jahren Aufarbeitung einen „Prozess der Versöhnung“ forderte, wies Marianne Birthler als gänzlich unangemessen zurück: „Platzeck hat eine Koalition mit der Partei, deren Vorläufer als SED verantwortlich für Unterdrückung und Unfreiheit war, als Versöhnungsprojekt ausgerufen. Und das geht nicht. Versöhnung ist keine politische Kategorie, sondern etwas Persönliches. Sie lässt sich weder planen noch anordnen.“

In einem Wort: Aufarbeitung lehnt sich zwar begrifflich an Freuds tiefenpsychologisches Konzept von Durcharbeitung und Loslassen an. Aber sie kann den Lohn der Anstrengung nicht gewähren, sondern sie verspricht eine Versöhnung, die sie immerfort auf die Zukunft verschieben muss, um sich selbst nicht aufzugeben. Die ursprüngliche erhoffte Vergangenheitsbefreiung durch Aufarbeitung hat sich unter der Hand in eine iterative Vergangenheitsbeschwörung zu verwandeln begonnen, die sich nur vorgeblich noch an die Mitlebenden richtet, sondern in Wirklichkeit an die Nachlebenden. Die innere Unwahrheit der Aufarbeitung besteht darin, dass sie eine temporäre gesellschaftspolitische Aufgabe in eine dauerhafte historische Lehre verwandelt, ohne ihrem moralischen Geltungsanspruch zu entsagen.

### Aufklärung und Affirmation

All diese Trends der gegenwärtigen Erinnerungskultur laufen auf dasselbe versteckte Resultat zu, nämlich auf den heimlichen Umschlag von Aufklärung in Affirmation. Im selben Maße, in dem der opferzentrierte Aufarbeitungskonsens zum selbstverständlichen Fundament unserer politischen Kultur wurde, hat er begonnen, sein aufrüttelndes Potenzial einzubüßen. Die Konfrontation mit der NS-Vergangenheit verlangt uns nichts mehr ab, weil sie uns selbst nicht einschließt und weil sie keine Gegner mehr kennt: 93 Prozent aller zu Beginn des Jahres 2018 befragten Deutschen im Alter von 16 bis 92 Jahren halten die Erinnerung an die Vernichtung

von Menschen in Konzentrationslagern für einen wichtigen oder den wichtigsten Inhalt des Geschichtsunterrichts. Mit dem Sieg der schmerzhaften Vergangenheitsaufarbeitung über die bequeme Vergangenheitsverdrängung hat sich der Anspruch auf kritische Bewältigung der Vergangenheit in die Realität einer selbstgewissen Bestätigung der Gegenwart zu verwandeln begonnen. Unser Geschichtskonsens ist wohlfeil geworden, und das Projekt der historischen Aufklärung hat sich in die Realität einer historischen Affirmation verwandelt, die aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht mehr unbequeme und womöglich unwillkommene Erkenntnisse zieht, sondern vertraute Bilder immer wieder reproduziert und ritualisiert. Hier tritt die eigentliche Herausforderung der heutigen Erinnerungskultur zutage: in der leeren Selbstbestätigung eines Aufklärungsgestus, der unbemerkt in Affirmation umgeschlagen ist und seine innere Krise durch geschichtskulturelle Geschäftigkeit und erinnerungspolitische Unduldsamkeit zu verbergen trachtet.

### Faktizität und Fiktionalität

Die Krise der Erinnerungskultur zeigt sich schließlich in einer zunehmenden Verwischung der Grenzen zwischen Faktizität und Fiktionalität, die der Erinnerungskultur ihren wichtigsten Antrieb nimmt: die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wenn Quentin Tarantinos Spielfilm *Inglorious Basterds* in der Filmkritik gefeiert wurde, weil er die „Authentizitätshörigkeit“ des deutschen Geschichtsfilms hinter sich gelassen und mit erfrischender Unbedenklichkeit die Wirklichkeit nach dem Wunschbild geformt habe, indem er Hitler in einem Pariser Kino umkommen ließ, mag das vom Begriff der künstlerischen Freiheit gedeckt sein.

Diese Ausnahme gilt aber nicht für das historische Ereignisfernsehen mit seinen Doku-Dramen, Doku-Fiktionen und Re-Enactments, das die mediale Präsentation von Zeitgeschichte prägt und nicht nur den Mangel an mediengerechten Sachzeugnissen ausgleicht, sondern den Übergang zwischen Original und Mimesis ästhetisch inszeniert. Wie weit die filmische Kombination aus fiktionalen und nichtfiktionalen Elementen vorangeschritten ist, die eine historische Rahmenhandlung mit einer unhistorischen Binnenhandlung melodramatischen Zuschnitts verwebt, brachte der 2008 ausgestrahlte Mauerfallfilm über die in den Westen geschmuggelten Aufnahmen der Leipziger Montagsdemonstrationen schon im Titel zum Ausdruck: *Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen*. Hier wie in anderen Doku-Dramen emanzipiert sich die Geschichtskultur von der Vetokraft der Quellen und projiziert die Weltvorstellungen der Gegenwart in den historischen Raum, ohne auf das Gütesiegel der historischen Authentizität verzichten zu müssen. Dies aber verwischt in den Augen des Betrachters die kategoriale Differenz zwischen Faktizität und Fiktionalität bis hin zur Ununterscheidbarkeit – unser Bild von Adolf Hitler trägt die Züge seines Protagonisten Bruno Ganz in Bernd Eichingers Film *Der Untergang* von 2004, und Veronica Ferres versichert, dass die Tränen „echt“ gewesen seien, die sie als *Die Frau vom Checkpoint Charlie* weinte.

Wie erfolgreich diese Authentisierung des Fiktionalen mittlerweile geworden ist, zeigt sich umgekehrt, wenn auch historische Spielfilme unter das Wahrheitsgebot des Presserechts gestellt werden, wie es 2006 dem Contergan-Film des Drehbuchautors Benedikt Röskau erging. Infolge der Klage des Produzenten von *Chemie Grünenthal* stellte die 24. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts fest, „dass der Film [...] eine so hohe Authentizität besitze, dass der Zuschauer nicht mehr zwischen Fiktion und Wirklichkeit unterscheiden könne, und darum unter das viel strengere Presse-

recht falle, sich also nicht auf den Verfassungsartikel der Kunstfreiheit berufen könne“.

Denselben Triumph des Simulacrums über die flüchtige Vergangenheit, die eine Unterscheidung zwischen Original und Kopie, Realität und Vorstellung zunehmend unmöglich macht, bestimmt unseren Umgang mit den materiellen Zeugnissen der Vergangenheit. Was ist im Sinne Johann Gustav Droysens Tradition, was Überrest, wenn 1999 neben Goethes Gartenhaus ein originalgetreuer Nachbau entstand, der heute in Bad Sulza steht und Besuchern erlaubt, ohne Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der Artefakte Goethes Lebensgefühl wirklichkeitsnäher zu erfahren als im Ursprungsgebäude?

Mit der Aufweichung des von Georg Dehio geprägten denkmalpflegerischen Grundsatzes „Konservieren, nicht rekonstruieren“ ging die Aufgabe eines naiven Begriffs historischer Authentizität einher, der die Aura des historischen Zeugnisses noch aus seiner unverfälschten Überlieferung ableitete. Heute gilt hingegen als Gemeinplatz, dass „das geschichtlich Echte [...] nur in immer schon gewandelter Gestalt (existiert), überformt, überschrieben, an spätere Zeiten angepasst“. Authentizität lässt sich im heutigen Verständnis nicht naiv als Eigenschaft der Sache begreifen, sondern nur als Beziehung zwischen Objekt und Betrachter, und der Begriff der historischen Wahrheit tritt hinter ein Spiel von Faktizität und Fiktionalität zurück, wenn in Deutschland kriegszerstörte oder nach 1945 abgetragene Schlösser und Kirchen oder in Frankfurt am Main ein ganzes Altstadtviertel in historischer Originaltreue wieder aufgebaut werden.

Auch die Figur des in der Erinnerungskultur omnipräsenten Zeitzeugen spiegelt die andauernde Auseinandersetzung um die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Vorstellung. Dass der sich erinnernde Zeitzeuge unwissentlich und unwillentlich weniger das seinerzeit beobachtete Geschehen selbst mitteilt als vielmehr die Erzählung, die er daraus im Laufe der Zeit geformt hat, ist eine Binsenweisheit und hat doch denn Aufstieg des Zeitzeugen zur authentischen Auskunftsinanz der Vergangenheit für die Gegenwart nur verzögert, aber nicht verhindert. Doch der Authentizitätsanspruch der Zeitzeugenerinnerung sieht sich im digitalen Zeitalter vor neuen Herausforderungen, und das Vordringen der künstlichen Intelligenz stellt alte Trennlinien zwischen Wirklichkeit und Vorstellung auf neue Proben. Was ist Realität, was ist Einbildung, wenn längst verstorbene Zeitzeugen Rede und Antwort auf Fragen stehen, die zu ihren Lebzeiten vielleicht nie gestellt wurden? Mit dem Namen von Pinchas Gutter verbindet sich das ehrgeizige Projekt *New Dimensions in Testimony* der Shoah Foundation an der University of Southern California in Los Angeles, das die visuelle und akustische Aufzeichnung der Lebenserinnerungen von Holocaust-Überlebenden auf höchstem technischem Standard digital so aufbereitet, dass sie als 3D-Hologramm-Interviewpartner zur Verfügung stehen. Als Avatare, also digitale Konstrukte präsentieren sich die Zeitzeugen so über ihren eigenen Tod hinaus in Interviewsituationen, und Algorithmen wählen aus der Menge des gespeicherten Materials passende Antworten auf die ihnen gestellten Fragen aus.

Was wie bloße Spielerei aussieht, löst in der Weiterentwicklung die Aura des Zeitzeugen von der lebenden Person und lässt die materielle Realität in der digitalen aufgehen, wie die Projektverantwortlichen versprochen. Tatsächlich scheint das Experiment zu funktionieren, wie eine zunächst skeptische Studentin nach ihrem Gespräch mit dem Avatar Pinchas Gutter resümierte. Auch distanzierte Beobachter konzedierten, dass schon bald die „Projektion als 3D-Hologramm ist irgendwann dank der technischen Weiterentwicklung vom lebenden Pinchas Gutter nicht mehr zu unterscheiden“ sein wird, und damit endgültig wird sich die tradierte Unterschei-

derung von Echtheit und Fiktion in unserem Zeitalter ihre kategorische Gültigkeit verloren haben. Die Beziehung zwischen Wahrheit und Wirklichkeit ist also komplexer, als das Instrument des Faktenchecks gegenüber dem Vorwurf der Lüge in Presse und Wissenschaft glauben machen will.

### **Die Zeitgeschichte als Akteur**

Eine weitere Problemzone der Erinnerungskultur bildet die professionelle Geschichtsschreibung, die in zeitgeschichtlichen Fragen zunehmend von einer distanzierten Beobachterin zu einer engagierten Akteurin geworden ist. Die partnerschaftliche Engführung von Wissenschaft und Politik in der Aufarbeitung der Diktaturvergangenheiten des 20. Jahrhunderts stellt vordergründig unbezweifelbar eine Wohltat dar: Der Staat hört in Deutschland auf seine Experten in geschichtspolitischen Fragen; die Ministeriumsaufarbeitung profitiert von einer behördlichen Bereitschaft zur Öffnung der eigenen Akten, die nicht einmal vor den Mauern des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes haltmacht. Die staatliche Anerkennung, die die Aufarbeitung auch der eigenen Institutionen heute erfährt, trennt Welten, um nur ein Beispiel zu nennen, von den – am Ende vergeblichen – Bemühungen des Auswärtigen Amtes, in den 1960er-Jahren eine Amerikareise von Fritz Fischer zu verhindern, die das Amt als untunliche Bekräftigung der deutschen Kriegsschuld 1914 ansah.

In der engen Zusammenarbeit von Betroffenen, Politikern und Wissenschaftlern in geschichtspolitischen Expertenkommissionen steckt auf der anderen Seite aber auch eine unübersehbare Schwäche. Insbesondere die beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in den 1990er-Jahren zeitigten eine Fülle von Forschungserkenntnissen, aber sie stülpten ihnen auch ein ganzes Netz von Formelkompromissen über, die in Aushandlungsprozessen zwischen Politik und Wissenschaft entstanden wie weiland historische Grundlagenwerke in der DDR. Auch das im Koalitionsvertrag der jetzigen wie der vorigen Bundesregierung eingegangene Bekenntnis, „die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden voran[zu]treiben“, zeitigt neben dem enormen fachlichen Erkenntnisgewinn auch Schattenseiten. Mittlerweile gilt die Behördenprüfung auf ihren NS-Umgang hin als eine Art Gütesiegel, um das alle Ministerien mit einer Leidenschaft konkurrieren, die binnen zehn Jahren zu einem grotesken Rollentausch geführt hat: 2009 noch standen Teile des Auswärtigen Amtes den bohrenden Fragen der Historiker in kritischer Abwehr gegenüber; heute drängen oberste Verfassungsorgane mit Macht darauf, den Grad ihrer postfaschistischen Belastung prüfen zu lassen, und halten den zögernden Historikern die braunen Flecken auf ihrer Behördenweste entgegen, um die Plausibilität ihres Anliegens zu unterstreichen.

All diese Kommissionen arbeiten heute in so strikt gewahrter Unabhängigkeit, dass sie ihren Autonomieanspruch längst nicht mehr wie die Unabhängigen Historikerkommissionen zum Auswärtigen Amt 2005 und zum BND 2011 schon im Titel glauben tragen zu müssen. Aber auch einflussfreie Förderung bindet, nämlich allein durch ihre von außen kommende Zwecksetzung. So ist die gegenwärtig starke Behördenforschung überaus produktiv, aber sie ist nicht innovativ, insoweit sie einen gesellschaftlich anerkannten Interpretationsrahmen nur auszufüllen statt zugleich auch kritisch zu befragen sucht. Aus diesem Grund bewegen sich ihre Ergebnisvorstellungen immer wieder in dem Dilemma, die von der Öffentlichkeit erwartete



„Nazi-Zählerei“ analytisch problematisieren zu wollen und praktisch dann doch bedienen zu müssen, wie etwa die Berichterstattung über das vom Institut für Zeitgeschichte München und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam durchgeführte Aufarbeitungsprojekt zum Bundesministerium des Innern vor Augen führt: „Hitler-Getreue dominierten das Innenministerium noch lange nach dem Krieg“, dröhnte der *Spiegel*; während der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, drei Tage später bei der Buchpräsentation weit weniger stark in die Öffentlichkeit drang, als er sich dagegen verwahrte, dass das Nachrichtenmagazin aus dem BMI ein „Horrorkabinett“ gemacht habe, obwohl doch dessen NS-Belastungsgrad in Wahrheit kaum höher gewesen war als der vieler Zeitungen und übrigens auch des *Spiegel* selbst.

### Fazit

Welches Fazit ergibt sich aus dieser kritischen Analyse unserer heutigen Erinnerungskultur? Es besteht zunächst in der Befreiung von bequemen Selbsttäuschungen: Unsere Erinnerungskultur ist weniger gefestigt, als wir gern denken, und die schmerzhafteste Anstrengung, die wir uns selbst attestieren, ist zu einer selbstgefälligen Attitüde geworden. Der Appell an die weitere Intensivierung der Vergangenheitsaufarbeitung verfehlt ihr Ziel, und der herrschende Erinnerungskonsens samt seiner Engführung von Wissenschaft, Politik und Moral ist nicht die Lösung, sondern vielmehr das Problem. Die Waffen schließlich, mit denen wir uns gegen Fake News und Geschichtslügen zu behaupten suchen, sind im digitalen Zeitalter stumpf geworden. Die Vergangenheitsaufarbeitung ist darum nicht gescheitert, wie zuletzt in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Ostdeutschland behauptet wurde, aber um zukunftstauglich zu werden, bedarf unsere Verständigung über die Vergangenheit und ihre Lasten der kritischen Selbstreflexion auf ihre Vorannahmen und Wirkungsweisen, auf ihre äußeren Verstrickungen und inneren Widersprüche, auf ihre brüchig gewordenen Gewissheiten und ihr überholtes Selbstverständnis. Zur engagierten Mitwirkung muss die epistemische Distanz treten, aus der die Bauformen und Leitvorstellungen einer Geschichtskultur sichtbar werden, die sich in unablässigem Wandel befindet und ein bloßes „Weiter so!“ nur allzu rasch in das „Mir doch egal!“ umschlagen lassen kann, von dem der europäische Rechtspopulismus zeugt, der mit Marine Le Pen oder Alexander Gauland Hitlerbarbarei und Holocaust gar nicht leugnen muss, um die Erinnerung an sie verächtlich abzutun.

Martin Sabrow,  
Historiker, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam  
[sabrow@zzf-pdm.de](mailto:sabrow@zzf-pdm.de)

Quotation: Martin Sabrow, Von der Aufklärung zur Affirmation? Die Krise der Erinnerungskultur,  
in S.I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON. 6 (2019) 2, 162-171.

DOI: 10.23777/SN0219/SWL\_MSAB01

[https://doi.org/10.23777/SN0219/SWL\\_MSAB01](https://doi.org/10.23777/SN0219/SWL_MSAB01)

SWL-Reader

Copy Editor:  
Marianne Windsperger

**S:I.M.O.N.– Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON.**  
is the semi-annual open access e-journal of the Vienna Wiesenthal Institute for  
Holocaust Studies (VWI) in English and German.

ISSN 2408-9192

6 (2019) 2  
DOI: 10.23777/SN.0219

This article is licensed under the following Creative Commons License: CC-BY-NC-ND  
(Attribution-Non Commercial-No Derivatives)

The Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust Studies (VWI) is funded by:

 Federal Ministry  
Education, Science  
and Research



 Federal Chancellery